

FORUM

Vom 17. bis 19. Januar nahm der SAC Jugendorganisation Surental an der 72-Stunden-Aktion teil. Er belieferte das Brienzenhaus nachhaltig. Nahrungsmittel und sonstiges Material wurden im Rucksack zu Fuss hinauf in die Hütte getragen. Von Niederrickenbach (1196 m ü. M.) aus mit den Schneeschuhen hinauf zur SAC-Hütte auf 1753 m ü. M. In der Hütte halfen sie Hüttenwart Sepp bei kleinen Arbeiten.

FOTO ZVC



GANS GUT



Wieder ein bisschen jung fühlen

Die Fasnacht ist auch eine Frischzellenkur. Viele «alte Säcke» oder eleganter «ehemalige Guuggenmusikmitglieder» kramen ihre verstaubten Instrumente hervor und schlüpfen in ihre alten «Gwändli». Sie unterstützen die aktiven Pauker und Trompeter bei Auftritten, karren Bier her, grillieren Würste und schwelgen in Erinnerungen. Ihnen, wie allen jüngeren Helfern, ist ein dickes Danke auszusprechen.

GANS SCHLECHT



Anstand wäre kein «Seich»

Kürzlich musste ein Vierbeiner beim Untertor seine Notdurft verrichten. Die Hundehalterin liess ihn dabei ungehemmt an die Stützpfeiler unter dem Schützenhaus urinieren. Daraufhin wurde sie von einem Passanten freundlich darauf aufmerksam gemacht, dass es doch in unmittelbarer Nähe geeignete Plätze dafür gäbe. Die Hündelerin reagierte wütend und verständnislos. Hier wäre Anstand wirklich kein «Seich» gewesen ...

DAS WORT DER WOCHE

raan

Ein «raanes Persöönli», ein Strich in der Landschaft: Eine Person, an der nicht viel dran ist, nennt man «raan». Laut dem «Soorser Wöörterbüechli» bedeutet «raan» schwächling, schlank, feingliedrig.

RED

BRIEFKASTEN

Volksinitiative ist nicht zeitgemäss

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verpasst den Nerv der Zeit. Als die Initiative lanciert wurde, war die Leerwohnungsziffer eher tief. Heute ist sie so hoch wie seit über 20 Jahren nicht mehr. So stehen momentan über 75'000 Wohnungen leer, wovon rund 63'000 Mietwohnungen sind. Doch nicht nur die Verfügbarkeit von Mietwohnungen ist zur heutigen Zeit gegeben, sondern auch deren Bezahlbarkeit. Im Schnitt gibt man in der Schweiz 15 Prozent des Brutto-Haushaltseinkommens für den Bereich «Wohnen» aus, was im europäischen Vergleich alles andere als ein Ausreisser darstellt.

Auch im Wohnungsmarkt gilt wie in anderen Bereichen der volkswirtschaftliche Grundsatz, dass der freie Markt in der Lage ist, Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen. Auch ohne staatliches Korsett. Nur gezielt und dezidiert kann der Staat unterstützend eingreifen, was er bereits heute macht. Seit Jahrzehnten ist der gemeinnützige Wohnungsbau in der Schweiz Verfassungsauftrag, auch ohne starre Quoten, wie sie von der Initiative gefordert werden. So wird seit 2003 der Bau von jährlich rund 1500 günstigen Mietwohnungen durch einen 510 Millionen Franken hoch dotierten Fonds unterstützt. Mit der Initiative würde diese bewährte Praxis durch ein System ersetzt, das

«Wer saniert sein Miethaus energetisch, wenn er die Investitionen nicht mit höheren Mieten wieder finanzieren kann?»

ALBERT VITALI

den Steuerzahler jedes Jahr rund 120 Millionen Franken kostet. Doch statt immer mehr Steuergelder in den gemeinnützigen Wohnungsbau zu investieren, wäre es weit besser, staatliche Vorschriften und Abgaben im Wohnungsmarkt zu verringern. Davon profitieren nämlich Investoren und Mieter gleichermaßen.

Sagen Sie am 9. Februar Nein zu einer nicht zeitgemässen Initiative und somit Nein zu einer Verstaatlichung des Wohnungsmarkts.

PIUS MÜLLER,
KANTONS RAT SVP, SCHENKON

Und der Markt spielt doch

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verlangt, dass von allen neu gebauten Wohnungen mindestens 10 Prozent im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern sein müssen. Heute sind es vier bis fünf Prozent. Zudem verlangt sie Vorkaufsrechte von preisgünstigem Wohnraum für

Kantone und Gemeinden. Und als Letztes wollen sie ein Verbot von Mieterhöhungen nach energetischen Teilsanierungen. Da stellt sich die Frage: Wer saniert sein Miethaus energetisch, wenn er die Investitionen nicht mit höheren Mieten wieder finanzieren kann?

In den Städten beläuft sich der soziale Wohnungsbau auf 20 bis 30 Prozent. Die Städte haben schon längst auf die Nachfrage nach günstigem

Wohnraum reagiert. Hier braucht es die Initiative nicht. Und auf dem Land findet man immer relativ günstige Wohnungen. Die Wohnungspreise werden sowieso in Relation zum Einkommen immer günstiger.

Die heutige Wohnungspolitik des Bundes hat sich bewährt. Es gibt genügend bezahlbare Wohnungen. Damit das auch so bleibt und der Verfassungsartikel 108 weiterhin erfüllt werden kann, setzt der Bundesrat seinen bewährten Weg fort und unterstützt den gemeinnützigen Wohnungsbau mit total 250 Millionen Franken in den nächsten zehn Jahren, falls die Initiative abgelehnt wird. Beobachtet man den Wohnungsmarkt ein bisschen, so kann man folgendes feststellen: Es gibt viele Wohnungen auf den Online-Portalen, die immer wieder im Wochen-Rhythmus auftauchen – jedes Mal mit einem tieferen Preis. Das zeigt, dass der Markt spielt. Es gibt sogar gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften, die ihre preisgünstigen Wohnungen nicht vermieten können, da es zu viele leer stehende Wohnungen hat. Diese Initiative braucht es wirklich nicht. Darum lehne ich sie am 9. Februar ab.

ALBERT VITALI,
NATIONALRAT FDP, OBERKIRCH

Probleme dort lösen, wo sie sind

Die Bundesverfassung verpflichtet seit Langem die staatlichen Ebenen zur Förderung des Wohneigentums für gemeinnützige Wohnungsträger sowie für Private. Nun liegt eine Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen zur Abstimmung am 9. Februar

vor. Bezahlbare Wohnungen klingt gut, das möchten wir alle. Die Initianten wollen jedoch die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt vermehrt dem Einfluss des Staates unterstellen. Das heisst, die Gemeinden müssten sicherstellen, dass künftig mindestens zehn Prozent der neuen Wohnungen im Besitz der Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind. Dies, ob ein Bedarf besteht oder nicht. Die Gemeinden müssten also die zehn Prozent sicherstellen, auch wenn keine Nachfrage besteht oder bessere Lösungen vorhanden sind. Dies kann zu enormen Kosten und Blockaden führen. Ausser in den Regionen Zürich und Genf herrscht in der Schweiz kein Wohnungsmangel, im Gegenteil. Die Leerbestände nehmen zu. Die ganze Schweiz unter eine Regelung zu stellen, die allenfalls für Zürich und Genf sinnvoll ist, für den Rest jedoch nachteilig, ist falsch. Deshalb muss diese Initiative abgelehnt werden.

ROSY SCHMID,
KANTONS RÄTIN FDP, HILDISRIEDEN

Die Glaubwürdigkeit ist in Gefahr

Gesetze! Gesetze? Als ich meinen Grossvater fragte, weshalb Gesetze gemacht werden, antwortete er: «Es gab einmal einen klugen Mann: Aristoteles. Er sagte, wenn die Liebe herrschen würde, bräuchten wir keine Gesetze mehr». Grossvater ergänzte Aristoteles mit der «goldenen Regel»: «Was du

nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu».

Wir leben in einer Kultur, die uns erlaubt, nach unseren Bedürfnissen zu handeln und in Wohlstand zu leben. Unser Dilemma: Dieser Höhenrausch macht viele blind gegenüber Menschen mit anderen Bedürfnissen und Neigungen. Ihnen wird das Recht auf ihre Lebensform mit Verunglimpfung, Ausgrenzung, Spott und Gewalt verwehrt.

Wenn ich mich aus dem geschützten «Fenster» lehne und in die überhitzte Welt schaue, graut mir. Beim Urmengang darf nicht vergessen sein, wie seit mehr als einer Dekade die animalische Natur des Menschen gegen Sinti, Roma, Farbige, Juden, Schwule, Lesben, Trans- und Menschen mit Behinderung verstärkt aufkeimt. So verlockend es ist, gesellschaftliche Verantwortung auf ein Gesetz abzuwälzen, zerstört es viel Vertrauen in die Gesellschaft, in der wir leben, macht menschliches Mitgefühl nicht besser. Wichtiger scheint mir die eigene Verhaltensverantwortlichkeit. Die kann nicht an den Gesetzgeber delegiert werden. Es ist gar noch nicht so lange her, seit die Vorgenannten bestialisch vernichtet wurden. Wer aus Sitten- und Normmotiven einen Urnenentscheid trifft, ist gegenüber denen, in deren Namen er nicht handelt, rechenschaftspflichtig. Wir alle sind Menschen, die ein Recht auf ein geschütztes Leben haben. Das Verhalten vieler zwingt zur Ausweitung der Antirassismustrafnorm, ansonsten ist die Glaubwürdigkeit in Gefahr.

MANFRED URECH

MANFRED URECH,
ST. ERHARD